

HANDWERK BW – Position

Handwerk im ländlichen Raum stärken

Zusammenfassung / „Executive Summary“

Rund jeder zweite Handwerksbetrieb im Land hat seinen Sitz im ländlichen Raum. Sie prägen in großer Vielfalt die Wirtschaft der ländlichen Räume, sind dort teils seit Generationen ansässig, schaffen zukunftssichere Arbeits- sowie Ausbildungsplätze. Zudem gilt: Keine Energiewende in der Fläche ohne das Handwerk! Daneben engagieren sich Handwerker gerade in ländlichen Räumen ehrenamtlich, was die lokale Identität und das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt.


Die Landesregierung erarbeitet gerade eine Gesamtstrategie zur Entwicklung der ländlichen Räume. HANDWERK BW fordert das Land auf, die Wirtschaft, insbesondere das Handwerk, besonders in den Blick zu nehmen. Dabei geht es dem Handwerk vorrangig um diese Themen:

Forderungen

1. Fachkräftesicherung: Größerer Spielraum für mehr Ausbildungsinfrastruktur
2. Flächen und Ansiedlung: Passendere Flächen für kleinere Betriebe
3. Technologie: Flächendeckendes Mobilfunknetz für modernes Arbeiten
4. Nahversorgung: Mehr handwerkliche Vielfalt für höhere Lebensqualität
5. Mobilität: Bessere Straßen für schnellere Einsätze
6. Belastungsabbau: Weniger Bürokratie für mehr Mittelstandsgerechtigkeit



Ansprechpartner zum Thema:
Stefan Schütze
Fachbereich Wirtschaft



Tel: 0711 263709-109
Email: schuetze@handwerk-bw.de



1. Fachkräftesicherung: Größerer Spielraum für mehr Ausbildungsinfrastruktur

Sachstand:

Das Handwerk ist im ländlichen Raum als Ausbilder stark verwurzelt. Wenn jedoch die Ausbildungsinfrastruktur (Schulstandorte, ÖPNV) fehlt und der Wegzug die einzige Lösung ist, sind die Auszubildenden meist für das Handwerk verloren. Im Extremfall setzt sich eine Spirale in Gang: Die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises leidet und am Ende verstärkt sich der Nachwuchs- und Fachkräftemangel weiter.

Position:

Damit auch im ländlichen Raum eine Ausbildung im Handwerk attraktiv bleibt, muss den speziellen Gegebenheiten ländlich strukturierter Landkreise mehr Spielraum gegeben werden, Das betrifft vor allem Schulstandorte, ÖPNV und Wohnen. Die Qualität der Beruflichen Ausbildung und die Versorgung mit ausreichend Lehrpersonal darf nicht aufgrund von fehlenden infrastrukturellen Voraussetzungen sowie einem Mangel an Finanzierbarkeit der öffentlicher Infrastruktur einhergehen.

Unsere Forderungen:

- Berufsschulorte in ländlichen Gebieten müssen erhalten bleiben. Der Klassenteiler in den ländlichen Berufsschulen sollte flexibel abgesenkt werden können. Die Mindestklassengröße würde dann nicht starr 16 betragen, sondern könnte je nach Schule auf beispielsweise zwölf oder gar zehn gesenkt werden.
- Daneben muss der ÖPNV so ausgebaut sein, dass junge Schüler*innen zur Berufsschule und zum Betrieb kommen. Während mit dem 365-Euro-Ticket der ÖPNV für junge Leute preislich attraktiv ist, hält oft das Angebot nicht mit. Gegebenenfalls bieten sich On-Demand-Modelle / Bürgerbusse etc. an.
- Zudem fehlt es immer wieder an geeigneten Wohnmöglichkeiten, sowohl für Auszubildende als auch für neu zugezogene Fachkräfte. Auch im Handwerk vergrößert sich der Suchradius der Betriebe, sodass neue Mitarbeitende am Betriebsort unterkommen müssen. Es fehlt an kleinteiligem, kurzfristig verfügbarem Mietwohnraum. Möglichkeiten gäbe es, beispielsweise durch Umbau von alten Gaststätten. Allerdings fehlt es an übertragbaren Konzepten und einer Fördermöglichkeit.

2. Flächen und Ansiedlung: Passendere Flächen für kleinere Betriebe

Sachstand:

Auch im ländlichen Raum spüren die Betriebe zunehmend Engpässe bei der Flächenverfügbarkeit:

- In großen Gewerbegebieten tritt das Handwerk in eine schwierige Konkurrenz mit den zahlungskräftigen Flächengroßabnehmern aus Logistik und Handel. Manche Gewerbebetriebe sind in Gewerbegebieten nicht immer gern gesehen, da der Flächenbedarf eher größer, die Anzahl der Arbeitsplätze im Verhältnis jedoch nicht so groß ist.
- Die traditionellen kleinteiligen Standorte in Dorf- oder Kleinstadtlagen geraten gleichzeitig unter Druck, da sie vermehrt mit Immissionsproblemen und Nachbarschaftskonflikten konfrontiert sowie von heranrückender Wohnbebauung und direkter Verdrängung betroffen sind. Auch am Rande eines Dorfes wird eine Tischlerei oder ein Metallbaubetrieb nicht mehr grundsätzlich akzeptiert, wenn das ehemals nutzungsgemischte Dorf mittlerweile eine reine Wohnsiedlung ist.



- Daneben treten verstärkt Betriebe aus den Ballungsräumen als Flächennachfrager im ländlichen Raum auf. Das hat zum einen mit Flächenknappheit, Umwidmungen in Wohngebiete und hohen Preisen zu tun. Zum anderen genießen einige Betriebe in der Stadt nur noch Bestandsschutz, wären aber neu teilweise nicht mehr genehmigungsfähig. Der Bestandsschutz sichert lediglich bereits genehmigte Nutzungen, ermöglicht jedoch keine oder nur sehr eingeschränkte Erweiterungen und Anpassungen an heutige Gegebenheiten. Sobald der Bestandsschutz ausläuft, suchen sich solche Betriebe neue Flächen in den ländlichen Räumen. Zudem stößt die Neuausweisung von Gewerbeflächen an weniger konfliktträchtigen Standorten immer mehr an Grenzen, da politisch eine Begrenzung des Flächenverbrauches gewollt ist.

Position:

Ein entscheidender Faktor für handwerkliche Ansiedlungen sind Verfügbarkeit, Qualität und Größe von betrieblichen Flächen: Sie müssen nicht nur verkehrsgünstig gelegen, sondern möglichst flexibel nutzbar und auch an sich wandelnde Produktionsprozesse anpassbar sein. Vor allem die Größe der angebotenen Flächen muss zum kleinbetrieblich strukturierten Handwerk passen: Im Handwerk dominiert die Nachfrage nach eher kleinteiligen Flächen in der Größenordnung von wenigen 100 bis 1.000 m². Dabei ist zu beachten, dass auch für wesentlich störende Gewerbebetriebe, wie Holz- und metallverarbeitende Betriebe, geeignete Flächen zur Verfügung gestellt werden.

Die in den letzten Jahren erfolgte Einführung des Urbanen Gebietes (MU) und des Dörflichen Wohngebietes (MDW) als Baugebietskategorien in die BauNVO können bei richtiger Anwendung zur Sicherung von Handwerk und gemischten Strukturen in den Ortsteilzentren und den weiteren Siedlungsbereichen beitragen. Das Urbane Gebiet ist keinesfalls nur für Großstädte gedacht, sondern kann auch den Verdichtungen und Durchmischung in kleineren Städten und im Stadt-Umland-Bereich dienen. Allerdings ist die Errichtung von Nahversorgung und Arbeitsplätzen immer mitzudenken.

Unsere Forderungen:

Das Handwerk setzt auf intelligente und flexible Konzepte, die eine verträgliche Gewerbeflächenentwicklung ermöglichen. Dies könnte die Fokussierung auf die Schaffung kleinerer Gewerbegebiete am Siedlungsrand („Handwerkerzonen“), Flächenrecycling oder die Umnutzung leerstehender (landwirtschaftlicher) Gebäude beinhalten. Es empfiehlt sich, auf Landesebene solche Best-Practices zu sammeln und zu unterstützen, um eine breite Anwendung auch an anderen Orten zu sichern: So kann sowohl der Schutz des Landschaftsraums als auch der Bestand von Arbeitsplätzen und Nahversorgung gesichert werden.

3. Technologie: Flächendeckendes Mobilfunknetz für modernes Arbeiten

Sachstand:

Ohne digitale, mobile Infrastruktur geht es im Handwerk nicht: Wenn der Handwerker auf der Baustelle mit seinem Büro kommunizieren muss, liegen die Festnetzanschlüsse noch nicht. Zudem fordern Dokumentationspflichten, Anlagenüberwachung, Fernwartung sowie die Steuerung moderner Gebäude stabile Verbindungen, die auch ohne das Privatnetz der Kunden gewährleistet sein müssen.



Position:

Die digitale Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden, nicht nur in Form von Breitband, sondern auch in Form von Mobilfunk. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Landesverfassung, nach der der Staat gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land fördern muss. Eine digitale Kluft zwischen Stadt und Land muss vermieden werden.

Unsere Forderungen:

Wir schlagen Modellprojekte im ländlichen Raum vor, mit denen die tatsächliche Abdeckung schneller mobiler Verbindungen in der Fläche geprüft werden. Mit diesen Ergebnissen müssen dann gemeinsam mit Kommunen und Netzanbietern Lösungen für eine bessere mobile Abdeckung gefunden werden.

4. Nahversorgung: Mehr handwerkliche Vielfalt für höhere Lebensqualität

Sachstand:

Eine wichtige Aufgabe des Handwerks im ländlichen Raum ist die Nahversorgung. Wenn der Lebensmitteleinzelhandel kleinere Flächen nicht mehr bedienen will, übernehmen oft Bäckereien oder Fleischereien die Versorgung mit Lebensmitteln für den täglichen Bedarf. Daneben leisten auch die Gesundheitshandwerke oder die Service- und Reparaturdienstleister (z.B. SHK-Betriebe, Elektrobetriebe, Kfz-Werkstätten) einen erheblichen Beitrag zur Lebensqualität und bringen die Energiewende in die Fläche.

Position:

Es ist wichtig, die Betriebe am Ort zu halten und die Nachfolge zu sichern. Hierzu braucht es Begleitung und Informationen. Daneben müssen die Ortskerne als attraktiver Ort, sowohl für Einkauf und Dienstleistung, als auch als soziale und kulturelle Zentren erhalten bleiben bzw. aufgewertet werden. Dazu gehören auch Freizeit-, Tourismus- und Kulturangebote oder medizinische Einrichtungen. Bei der Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ muss dagegen sehr behutsam vorgegangen werden.

Unsere Forderungen:

Die Informationsreihe zur Nachfolge im ländlichen Raum muss fortgesetzt werden. Daneben wäre finanzielle Unterstützung für Übernahmen / Gründungen im ländlichen Raum sinnvoll, insbesondere für Betriebe aus der Grundversorgung. Hierfür sind weiterhin Fördermittel des Landes nötig. Gegebenenfalls kann auch das LEADER-Programm hier unterstützen.

5. Mobilität: Bessere Straßen für schnellere Einsätze

Sachstand:

Tendenziell legen Handwerker im ländlichen Raum längere Wege zurück, sowohl innerhalb des ländlichen Raums als auch bei der Fahrt zum Kunden im Ballungsgebiet.



Position:

Handwerker benötigen Straßen, um zum Kunden zu kommen. Sie sind darauf angewiesen, eigene Fahrzeuge für die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung, für Fahrten zu Serviceeinsätzen oder zu Baustellen sowie für den Transport von Arbeitsmaterialien flexibel nutzen zu können.

Daneben spielt auch die Elektromobilität im ländlichen Raum eine immer größere Rolle. Vielleicht ist sie sogar in einer Struktur mit vielen Einfamilienhäusern im Eigentum einfacher umzusetzen als in Städten mit großem Mehrfamilienhausanteil.

Unsere Forderungen:

Lange Fahrzeiten wegen Stau, fehlender Umgehungsstraßen und nicht angegangener Straßensanierungen sind ein wesentlicher Kostenpunkt für die Handwerksbetriebe. Um auch weiter entfernte Kunden zu erreichen, sind gute Anschlüsse an das Bundes- und Landstraßennetz nötig.

Daneben muss auch im ländlichen Raum eine flächendeckende öffentliche Ladeinfrastruktur entstehen – für Bewohner ohne eigenen Ladeanschluss oder Touristen, die die Leistungen des Handwerks (Nahrungsmittel, Friseur etc.) nutzen wollen.

6. Belastungsabbau: Weniger Bürokratie für mehr Mittelstandsgerechtigkeit

Sachstand:

Die Landesregierung hat im Koalitionsvertrag festgelegt, dass sie bis zu 500 Millionen Euro Bürokratiekosten einsparen will. In Handwerksbetrieben arbeiten im Durchschnitt sechs Personen, wobei die Inhaber zu großen Teilen operativ tätig sind. Sie haben wenig Zeit, sich ständig in neue und komplexe Regelungen und Vorschriften einzuarbeiten. Jede Entlastung hilft gerade kleinere Betrieben im ländlichen Raum, sich auf den Kern ihres Geschäfts zu konzentrieren.

Position:

Der Frust um die Bürokratie ist ein wesentlicher Grund für die schwierige Nachfolgersuche. Das Land muss das im Koalitionsvertrag avisierte Abbauziel erreichen. Ein konkretes Ärgernis sind langwierige Planungs- und Genehmigungsprozesse. Bauflächen sind für Unternehmen nur schnell und nachhaltig nutzbar, wenn auch die Gemeinden bzw. Landkreise ihre Prozesse schnell und rechtssicher absolvieren.

Unsere Forderungen:

Gerade kleinere Städte und Gemeinden müssen die Chance nutzen, sich im Vergleich zu größeren und teilweise schwerfälligen Verwaltungskörpern in Ballungsräumen als mittelstandsgerecht zu positionieren. Dazu gehört zum Beispiel eine konsequente Digitalisierung der Prozesse in den Behörden vor Ort.